

Warum der Steuerwettbewerb allen nützt

Economiesuisse lehnt die Steuerharmonisierungs-Initiative ab

Der Dachverband der Schweizer Unternehmen zeigt in einer am Dienstag vorgestellten Studie, dass Steuerwettbewerb allen nützt. Die These des ruinösen Wettbewerbs wird empirisch widerlegt. Eine Steuerharmonisierung würde unweigerlich eine Steuererhöhung bedeuten.

G. S. Wettbewerb ist einer der Pfeiler einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Gleichwohl ist er vielen Menschen suspekt, selbst wenn es um normale Güter und Dienstleistungen geht. Erst recht gilt dies für den Wettbewerb von Staaten und Kantonen. Die SP Schweiz bewirtschaftet mit ihrer 2006 lancierten Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb» dieses weitverbreitete Unbehagen. Sie will schweizweit Mindestgrenzsteuersätze bei den kantonalen und kommunalen Einkommens- und Vermögenssteuern einführen - selbstverständlich nur für «Reiche».

Keine Auslaugung des Staates

Der Dachverband der Schweizer Unternehmen, Economiesuisse, hat vor diesem Hintergrund am Dienstag in Zürich eine Studie präsentiert, die zeigt, welchen Nutzen der Steuerwettbewerb für das ganze Land hat und dass die von der SP angestrebte materielle Steuerharmonisierung auf eine Steuererhöhung hinauslaufen würde. Die von Prof. Lars Feld (Universität Heidelberg) vorgelegte Untersuchung zeigt, dass der interkantonale Steuerwettbewerb spielt, in der Tendenz die Steuersätze tief hält, die Effizienz öffentlicher Leistung steigert und die kantonale Verschuldung senkt. Gleichzeitig werden einige der häufigsten Argumente gegen den Steuerwettbewerb von der Studie zerpfückt. So lassen sich offenbar empirisch keine ungünstigen Auswirkungen der kantonalen Steuerautonomie auf die Höhe der ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz feststellen. Vor allem aber legt Feld mehrfach dar, dass die «Race to the Bottom»-Hypothese nicht haltbar ist. Der Wohlfahrtsstaat ist wegen des Steuerwettbewerbs nicht zusammengebrochen, die Einkommensumverteilung scheint nicht unter dem Wettbewerb gelitten zu haben, und die Einnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden gerade aus jenen Steuern, bei denen Wettbewerb herrscht, sind sogar stärker gestiegen als das Bruttoinlandprodukt und als die Einnahmen aus anderen Steuerarten (vgl. Grafik). Von einem Aushungern des Staates kann also nicht die Rede sein. Erklärt wird dies von Pascal Gentinetta, dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung von Economiesuisse, damit, dass die relativ stabilen bis leicht sinkenden Sätze zu einer Zuwanderung von Steuersubjekten geführt und dass sie möglicherweise auch die Wirtschaft belebt hätten.

Ein anderes Staatsverständnis

Für Economiesuisse ist Steuerwettbewerb aber viel mehr als bloss eine Art Effizienz- und Wohlstandsmaschine. Er ist für den Verband Ausdruck eines Staatsverständnisses, das auf direkter Demokratie, Föderalismus und dem Vertrauen der Behörden in die Bürger fusst. Dieser im internationalen Vergleich einzigartige Finanzföderalismus habe massgeblich dazu beigetragen, dass die Schweiz steuerlich in vielen Bereichen zur Spitzenliga zähle. Davon profitierten keineswegs nur die «Reichen» und die grossen Unternehmungen, sondern alle. Der Umkehrschluss aus alledem ist eindeutig: Die SP-Initiative wird gemäss Feld im öffentlichen Sektor zu mehr Ineffizienz, mehr Verschwendung und weniger fiskalischer Disziplin führen. Ferner müssten in sechs Kantonen und fünf Halbkantonen Einkommenssteuer-Erhöhlungen vorgenommen werden, um den Forderungen der Initiative nachzukommen. Bei den Vermögenssteuern müssten sogar zehn Kantone und vier Halbkantone Anpassungen vornehmen. Alle diese Kantone liegen in der Deutschschweiz. Die Romandie, wo ebenfalls Steuerwettbewerb herrscht, aber auf einem höheren Niveau, würde dagegen unmittelbar von der Umsetzung der Initiative nicht betroffen, auf längere Frist jedoch sehr wohl. Würden die deutschsprachigen Kantone nämlich unter der materiellen Steuerharmonisierung leiden, stünden beispielsweise mit der Zeit auch weniger Mittel für den Finanzausgleich zur Verfügung. Das abschliessende Urteil des Verbandes und seines Experten ist daher gut nachvollziehbar: Eine materielle Steuerharmonisierung wäre für die Schweiz ein schlechtes Geschäft.